

Bauernbund Brandenburg: Geschäftsbericht 2009

Liebe Berufskollegen,

hier wieder ein kurzer Überblick über die Themen, die der Bauernbund Brandenburg im vergangenen Jahr bearbeitet hat. Durch den Rundbrief, teils auch vorweg per E-Mail sind ja alle Mitglieder bereits über unsere Aktivitäten informiert. Dennoch kann eine Zusammenfassung nicht schaden. So erkennt man eine Richtung, und darüber, ob diese Richtung, ob die Schwerpunkte, die wir setzen, richtig sind, können wir ja heute zum Beispiel diskutieren.

Vorab noch eine Information. Die Öffentlichkeitsarbeit, der Kontakt mit den Medien ist ein Pfeiler unserer berufspolitischen Arbeit. Wir haben zu allen Themen eine klare Linie und das schätzen Journalisten. In Relation zu unserer tatsächlichen Größe haben wir eine überaus gute Medienresonanz, auch wenn sich sicherlich noch einiges verbessern ließe. Einen weiteren Pfeiler unserer Arbeit will ich heute erwähnen, der nicht unbedingt für die Öffentlichkeit, auch nicht immer für die Mitglieder bestimmt ist, nämlich unsere Kontakte zu Politikern. Wir haben im vergangenen Jahr Gespräche mit zwölf brandenburgischen Politikern geführt und dabei für die Ziele des Bauernbundes geworben. Auch wenn es in der Regel keine konkreten Ergebnisse dieser Lobbyarbeit gibt, haben wir damit Vertrauen geschaffen und sind in der Landes- und Bundespolitik als bäuerliche Interessenvertretung präsent.

EU-AGRARPOLITIK NACH 2013

Ich möchte beginnen mit einem Thema, bei dem wir bislang noch nicht aktiv geworden sind, wozu es noch nicht einmal einen Vorstandsbeschluss gibt. Aber wir haben Positionen erarbeitet zur EU-Agrarpolitik nach 2013. Dabei haben wir

uns nicht davon leiten lassen, was gerade in Berlin oder Brüssel diskutiert wird, sondern wir haben versucht, unsere grundsätzliche Haltung zu den Subventionen auf den Punkt zu bringen. Das ist uns nicht leicht gefallen und hat eine ganze Weile – vier Vorstandssitzungen – gedauert. Angesichts der guten Preise, unter deren Eindruck die Diskussion begann, gab es zunächst sogar Überlegungen, sich ganz von den Direktzahlungen zu verabschieden. Der aktuelle Stand, über den inzwischen weitgehend Einvernehmen herrscht, ist deutlich differenzierter. Gleichwohl – er wird dem Hauptziel gerecht, das sich die Bundesregierung für 2013 gestellt hat: Die Subventionen müssen einfacher werden.

Unsere Vorschläge im einzelnen:

1. Säule: Ein einheitlicher Flächenausgleich pro Hektar bundesweit, kein Unterschied mehr zwischen Ackerland und Grünland, vor allem keine Betriebsprämie mit handelbaren Zahlungsansprüchen. Eine starke 1. Säule gleicht die höheren Produktionskosten aufgrund der sozialen und ökologischen Standards in Europa aus, sie vermittelt zwischen unterschiedlichen natürlichen Standortbedingungen und sichert die Betriebe gegen Markt- und Witterungsextreme ab.

2. Säule: Ein einheitliches Agrarumweltprogramm bundesweit, keine Einzelprojekte mehr (Fremdenzimmer, Hofläden, Buschbacköfen, Streuobstwiesen), statt dessen der Grünbonus, das heißt ein Aufschlag für Dauergrünland, Ackergras und Leguminosen sowie für den ökologischen Landbau. Außerdem in den Bundesländern für regional typische Landschaftselemente. Eine 2. Säule, die sich darauf konzentriert, erreicht die von der EU vorgeschriebenen Umweltziele Klimaschutz, Biodiversität, Verbesserung des Wasserhaushalts.

Cross Compliance: Komplette Weg damit. Darüber müssen wir hier nicht mehr diskutieren, das Thema hatten wir oft genug. Allerdings ist das sicherlich die härteste Nuss, die es zu knacken gilt. Aber spätestens, wenn wir über weniger

Geld reden, reden wir auch über Belastungen, die von den Betrieben genommen werden müssen. Und welche Belastung ist überflüssiger als dieses bürokratische Kontroll- und Dokumentationssystem mit dem unaussprechlichen Namen? Keiner wird es vermissen.

Dazu noch ein paar Anmerkungen zu den Rahmenbedingungen, zu Steuern und Investitionshilfen, zu Kartellen und Monopolen. Alles Dinge, die nicht direkt mit der EU-Agrarpolitik zu tun haben, aber unsere Freiheit unnötig einengen.

Unser Positionspapier ist fertig, aber noch nicht raus. Vielleicht können wir hier schon über das Thema diskutieren. Ansonsten sind es noch ein paar Wochen bis zur nächsten Vorstandssitzung. Wer Interesse hat, den Entwurf für das Papier zu bekommen, kann sich gern an mich wenden.

GENTECHNIK

An dieser Front herrschte weitgehend Ruhe nach dem Verbot von BT-Mais im Frühjahr 2009. Wir haben die Zeit vor allem genutzt, um bei den gentechnikfreien Regionen Gas zu geben, die in Brandenburg inzwischen weit über 100.000 ha umfassen. Volker Rottstock im Fläming, Bringfried Wolter im südlichen Barnim und ich in der Prignitz. Durch das Verstreichen des Meldetermins für dieses Jahr ist der Druck raus, aber die politische Lage wird schwieriger.

Bedenkt man, dass in der Regierungserklärung eines 80-Millionen-Volkes die Unterstützung einer Kartoffelsorte vereinbart wird, dann ahnt man, wie weit der lange Arm der Industrie reicht. Andererseits ist – Hans Marwitz hat darauf hingewiesen – die Ablehnung der Patente auf Leben ist auch drin im Koalitionsvertrag, sicherlich auf Initiative der CSU, das heißt, es gibt einen guten Hebel, an dem wir ansetzen können und werden.

MILCHMARKT

Mit CMA-Abschaffung und Genmais-Verbot hatte das Jahr so gut angefangen, die Entwicklung auf dem Milchmarkt und die politischen Verhältnisse drumherum dagegen waren geeignet, Trübsam zu verbreiten. Es war für alle kein rosiges Jahr, aber niemand hat 2009 so gelitten wie die Milchbauern – und nach einer echten Erholung sieht es zur Zeit nicht aus. Immer hatte ich das dumme Gefühl, ich tue zu wenig für unsere Milchbauern.

Im wesentlichen haben wir die Aktivitäten des BDM, eine Mengenreduzierung durchzusetzen, durch Pressearbeit begleitet, insbesondere vor den entscheidenden Agrarministerkonferenzen im Mai und September. Politisch gab es gar kein Herankommen an die Landesregierung, die treu dem Bauernverband gefolgt ist: Keine Mengenreduzierung durch die Quote, statt dessen Liquiditätshilfen und Investitionsprogramme für in Not geratene zukunftsfähige Betriebe (wobei wir wissen, wie in Brandenburg zukunftsfähig definiert wird). Zwangsläufig wurde damit der Ton rauer, auch gegenüber unserem Agrarminister.

Und in der Presse kamen wir nicht weiter, Journalisten brauchen Neues, letzten Endes drehte sich die Diskussion im Kreis und irgendwann kam immer die nicht ganz unberechtigte Frage: Aber warum gibt es denn Milcherzeuger, die einem Verband angehören, der keine Mengenreduzierung will? Eine Frage, die ich nicht beantworten kann. Es gibt einfach Dinge auf der Welt, die sich nicht mit dem gesunden Menschenverstand erklären lassen.

CO2-ENDLAGER

Zu diesen Dingen gehört sicherlich auch die angebliche Hochtechnologie CCS, dazu ist ja schon einiges am Vormittag gesagt worden. Wir baggern 30 Prozent mehr Kohle ab, um mit der gewonnenen Energie 90 Prozent von den 130 Pro-

zent Kohlendioxid abzuscheiden, wegzupumpen und an wenigen auserwählten Standorten mit Hochdruck konzentriert unter das Grundwasser zu pressen. Während man über neue Tagebaue noch diskutieren kann, emotional oder sachlich – und jeder weiß, auf wessen Seite wir da stehen – kann man meiner Ansicht nach darüber nicht mehr diskutieren. CCS ist einfach krank.

Der alte Fritz hat aus dem Oderbruch eine blühende Landschaft gemacht. Aber wenn es nach Matthias Platzeck geht, kriegen wir unten eine Giftblase und oben einen Entensumpf – das war unsere erste Stellungnahme dazu. Unsere Oderbruchbauern haben einen Großteil der regional ansässigen Betriebe hinter sich geschart und Vattenfall verboten, die Flächen zu betreten – sogar der Kreisbauernverband musste sich am Ende der Aktion anschließen. Eine viel beachtete Pressekonferenz machte deutlich, um was es beim CCS-Gesetz zunächst geht, nämlich darum, Landwirte zu enteignen.

Wir haben es gehört – wenn CCS durchkommt, bleibt es nicht bei den für sich schon gigantischen Pilotprojekten Neutrebbin und Beeskow. Ganz schnell können dann die Bohrtrupps von Vattenfall auch im Barnim, Oberhavel, im Ruppiner Land und der Prignitz auftauchen. Bis nach Schleswig-Holstein rüber gehen die sogenannten Eignungsgebiete. Wir bleiben dran – mit Aktionen vor Ort und mit beharrlicher Überzeugungsarbeit. Viele Politiker haben noch gar nicht begriffen, was da geplant ist.

Reinhard Jung